

A4 PB.S-01: KAPITEL 3: SOLIDARITÄT SICHERN

Gremium: BuVo
Beschlussdatum: 16.03.2021

Die Pandemie hat uns gezeigt, was eine Gesellschaft stark macht – dass man sich unterhakt und einander vertraut. Sie hat uns spüren lassen, wie kostbar Gemeinsamkeit für unser individuelles Glück ist, wie sehr wir andere Menschen brauchen und wie groß die Gefahr ist, wenn eine Gesellschaft auseinanderdriftet. Diese alte und doch noch mal neu erlebte Erfahrung ist Auftrag, Solidarität und Schutz in konkrete, bessere Politik zu übersetzen. Wir wollen alles dafür tun, die Bedingungen für ein gutes Leben – von Kindesbeinen an – zu verbessern: materielle Sicherheit, Chancen und Teilhabe zu garantieren und ein Sicherheitsversprechen zu geben, das umso stärker ist, je mehr Unterstützung gebraucht wird. Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen Voraussetzungen dafür nicht für alle gewährleistet werden. Gesellschaften ohne existenzielle Not sind krisenfester, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaften stärker.

Corona hat uns schonungslos die Stärken und Schwächen unseres Sozialstaates vor Augen geführt: wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem für alle ist. Wie zentral eine Wirtschaftskraft ist, die für gesellschaftlichen Wohlstand und damit einen Sozialstaat sorgt, der Menschen bei Jobverlust oder Wirtschaftseinbruch vor Obdachlosigkeit bewahrt. Sie hat aber zugleich bestehende Ungleichheiten verschärft. Wer arm ist, wird schneller krank. Frauen tragen eine besondere Last in den systemrelevanten Berufen der Pflege, der Erziehung und im Einzelhandel, sind aber deutlich schlechter bezahlt und in Entscheidungsprozessen weniger repräsentiert. Selbständige, die ohnehin schon größere Risiken eingehen, stürzen ohne Verdienst in Existenzangst oder -not. Wer die Kinder allein erzieht, ist durch Kinderbetreuung, Homeschooling und Homeoffice noch mal mehr gefordert. Die Pandemie hat uns auf unsere individuellen Lebensumstände zurückgeworfen. Wenn die Wohnung eng ist, der Garten fehlt, aber die Schwimmhalle dicht ist, ist es dreifach schwer. Einsamkeit wird größer.

Jetzt ist die Zeit, die richtigen Lehren zu ziehen. Der Weg aus der Pandemie muss zu einem neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die sozialen Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, auch in Zeiten persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen. Unsere Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren – kurz, unsere öffentlichen und sozialen Orte – sollten zu den schönsten und stärksten Räumen des Miteinanders werden.

Glück und Chancen dürfen nicht davon abhängen, ob man im Norden oder Süden, Osten oder Westen, in der Stadt oder auf dem Land lebt, entsprechend sind gleichwertige Lebensverhältnisse Verfassungsgrundsatz. Wir setzen alles daran, aus diesem oftmals noch unerfüllten Anspruch Realität zu machen. Wer auf dem Land wohnt, braucht genauso einen Zugang zu Ärzt*innen, schnellem Internet, öffentlicher Daseinsvorsorge wie Städter*innen. Und wer in der Stadt lebt, muss auch dort guten und bezahlbaren Wohnraum finden können. Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und für viele Menschen, viele Familien bis weit in die Mittelschicht hinein eine der Existenz.

Unser Gesundheitssystem soll allen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung garantieren, aber es klaffen Lücken: Gesundheitsämter wurden kaputtgespart, in Krankenhäusern und der Verwaltung fehlt Personal, die, die da sind, arbeiten am Anschlag. Wir wollen die Vorzeichen ändern und Vorsorge zum Leitprinzip machen: Kliniken sollen ihrem gesellschaftlichen Auftrag entsprechend finanziert werden, auch auf dem Land braucht es Zugang zu Geburtshilfe und Notfallhilfen. In der Pflege setzen wir uns ein für bessere Arbeitsbedingungen, mehr

45 Personal, Sicherheit für Menschen, die Pflege benötigen, und für diejenigen, die Angehörige
46 oder Freund*innen pflegen.

47 Digitalisierung, globaler Wettbewerb und der nötige Umbau der Wirtschaft bedeuten für viele
48 Menschen große Veränderungen, die mit der Angst vor Verlusten einhergehen. Aber Angst lähmt
49 und macht müde. Menschen benötigen auch im Übergang Sicherheit. Es gilt die Risiken
50 abzusichern und Perspektiven zu geben, etwa durch eine Arbeitsversicherung und durch
51 Weiterbildung. Starke Tarifpartner, starke Gewerkschaften und demokratische Mitbestimmung
52 können ebenfalls dazu beitragen, die großen Herausforderungen beim Übergang in eine sozial-
53 ökologische Marktwirtschaft gemeinsam zu bewältigen. Wir werden zeigen, dass Transformation
54 und Digitalisierung hin zu einem klimagerechten Wohlstand zukunftsfähige Jobs schaffen, mit
55 guten Arbeitsbedingungen und gerecht verteilter Arbeit.

56 **Wir fördern Kinder, Jugendliche und Familien**

57 **Kinder in den Mittelpunkt**

58 Kinder müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht auf
59 besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sondern
60 haben ganz eigene Bedürfnisse, die bei Entscheidungen angehört, mitgedacht und abgewogen
61 werden müssen. Wir werden deshalb sicherstellen, dass das Wohl von Kindern bei staatlichen
62 Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommt. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang der
63 Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Mit einem Nationalen
64 Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und
65 Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen
66 Hintergrund, altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Die Jugendarbeit
67 spielt hierbei eine wichtige Rolle, darum wollen wir die Jugendverbände mit einem
68 Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken. Werdende Demokrat*innen brauchen Mitmach-
und
69 Medienkompetenz sowie politische Bildung, die wir als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen
70 und Jugendhilfe konzeptionell und finanziell stärken. Beim Aufbau oder der Auswahl von
71 Angeboten im Sozialraum, bei allen Bau- und Wohnumfeldmaßnahmen, die Kinder und Jugendliche
72 betreffen, werden wir sie beteiligen, ihr Wohl sichern und dies im Baugesetzbuch
73 berücksichtigen.

74 **Eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut**

75 In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – doch vor allem
76 bei Alleinerziehenden oder Geringverdienenden mit Kindern reicht das Geld oft vorn und
77 hinten nicht. Jedes Kind verdient unsere Unterstützung. Daher wollen wir Familien stärken
78 mit einer einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung: der Kindergrundsicherung.
79 Unser Vorschlag: Kindergeld, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für
80 Bildung und Teilhabe in eine neue eigenständige Leistung zusammenzufassen. Mit der
81 Kindergrundsicherung bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag, Kinder in Familien mit
82 geringen oder gar keinem Einkommen bekommen zusätzlich noch einen GarantiePlus-Betrag. Je
83 niedriger das Familieneinkommen, desto höher der GarantiePlus-Betrag. Nach einmaliger
84 Beantragung bei Geburt wird die Höhe der Kindergrundsicherung automatisch berechnet und
85 ausgezahlt. So kommt die Kindergrundsicherung garantiert bei jedem Kind an und Schritt für
86 Schritt beenden wir Kinderarmut. Sie ist gerecht, denn Kinder, die mehr brauchen, bekommen

87 auch mehr. Die Kindergrundsicherung verbinden wir mit einer Neuermittlung dessen, was Kinder
88 zum Leben brauchen.

89 Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder

90 Ob Kita, Hortbetreuung, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung oder Angebote der
91 Jugendarbeit – die Kinder- und Jugendhilfe begleitet Familien beim Aufwachsen der Kinder.
92 Sozialarbeiter*innen und Pädagog*innen leisten dabei unter hohem Zeit- und Arbeitsdruck
93 Enormes. Durch gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung wollen wir für besser ausgestattete
94 Jugendämter und Entlastung der Fachkräfte sorgen. Leistungsansprüche von Kindern und
95 Jugendlichen mit körperlichen und geistigen Behinderungen werden bisher in einem eigenen
96 Sozialgesetzbuch für Menschen mit Behinderungen geregelt. Das grenzt aus. Mit einem
97 Bundesinklusionsgesetz soll sichergestellt werden, dass alle Angebote der Kinder- und
98 Jugendhilfe künftig so ausgestaltet sind, dass sie sich auch an Kinder und Jugendliche mit
99 Behinderungen und ihre Eltern richten. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg hin zu einem
100 inklusiven SGB VIII zügiger voranschreiten. Daher werden wir die Länder und Kommunen, die
101 bereits vor Umsetzung des Bundesinklusionsgesetzes alle Kinder unter dem Dach der
102 Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem Bundesmodellprogramm unterstützen. So können
103 wertvolle Anregungen für den bundesweiten Umstrukturierungsprozess gewonnen werden.

104 Teilhabe und Schutz in der digitalen Welt

105 Kinder und Jugendliche wachsen als Digital Natives auf, sie sollen sicher und selbstbestimmt
106 mit Tablets, Smartphones und Co. umgehen können. Wir stärken die digitale Bildung als
107 Gemeinschaftsaufgabe von Eltern, Kitas, Schulen und der Jugendhilfe, mit Fortbildungen für
108 Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für Eltern. Alle sollen digitale Kompetenzen erwerben
109 können, das geht nur mit entsprechender Hardware: Kinder in Familien im Hartz-IV- oder
110 Kinderzuschlags-Bezug sollen für die Schule einen Laptop erhalten, wenn sie diesen
111 benötigen. Kinder und Jugendliche brauchen im Netz besonderen Schutz vor Straftaten wie
112 Hassrede, Cybergrooming oder sexualisierter Gewalt, dem Mobbing im Netz wollen wir einen
113 Riegel vorschieben. Dafür setzen wir auf eine Präventionsstrategie, mit verpflichtenden
114 sicheren Voreinstellungen für Plattformen und leicht auffindbaren Beschwerdemöglichkeiten.
115 Vor kommerziellem Sammeln ihrer Daten durch private Anbieter werden wir Kinder schützen.

116 Kinder vor sexualisierter Gewalt schützen

117 Für viele Kinder und Jugendliche ist sexualisierte Gewalt leidvoller Alltag. Dagegen gehen
118 wir hart vor – mit starker Prävention, konsequenter Strafverfolgung und einem Maßnahmenpaket
119 zur Qualitätssicherung und zum Kinderschutz in familiengerichtlichen Verfahren. Das oberste
120 Ziel ist es, Taten zu verhindern. Dafür braucht es Aufklärung, Qualifizierung und gelebte
121 Schutzkonzepte überall dort, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten und betreut werden.
122 Basiswissen über Kinderrechte, insbesondere Beteiligung, Schutz bei Kindeswohlgefährdung und
123 Missbrauch gehören in die Curricula für Jura, Medizin, Pädagogik und Polizei. Die
124 Fortbildungspflicht für Familienrichter*innen und die Anforderungen an die Qualifikation von
125 Verfahrensbeiständen sind klar gesetzlich zu regeln. Die wichtige Arbeit des Unabhängigen
126 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs werden wir auf eine gesetzliche
127 Grundlage stellen und damit dauerhaft absichern. Wir werden bundesweit spezialisierte
128 Fachberatungsstellen und telefonische sowie Online-Beratungsangebote finanziell absichern.

129 Mehr Zeit für Familien

130 Den Kopf frei haben für die Familie, die Kinder, auch wenn sie krank sind, das ist unser
 131 Ziel. Mit der KinderZeit Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: pro
 132 Elternteil je acht Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt
 133 werden. Wird die KinderZeit Plus Teilzeit in Anspruch genommen, verlängert dies entsprechend
 134 den Bezugszeitraum. Sie kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden, denn auch
 135 bei älteren Kindern kann mehr Aufmerksamkeit nötig sein. Wir unterstützen Eltern dabei,
 136 Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in
 137 eine ausgewogene Balance zu bringen, Familienarbeit partnerschaftlich zu teilen und
 138 Teilzeitfallen zu vermeiden. Niemand soll sich zwischen Kind und Job entscheiden müssen,
 139 darum soll der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro Kind und
 140 Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage. Weil gerade in den ersten beiden
 141 Lebensjahren viele Infekte mitgenommen werden, sollte es in dieser Zeit einen zusätzlichen
 142 erhöhten Anspruch auf Kinderkrankengeld geben. Die Altersgrenze wollen wir auch hier auf 14
 143 Jahre anheben, ein ärztliches Attest wird erst ab dem vierten Erkrankungstag des Kindes
 144 verpflichtend. Für die besondere Zeit direkt nach der Geburt wollen wir neben dem
 145 Mutterschutz auch für den zweiten Elternteil eine 14-tägige Freistellung einrichten.

146 Alleinerziehenden den Rücken stärken

147 Alleinerziehende leisten enorm viel und sind dennoch besonders oft von Armut bedroht. Mit
 148 der Kindergrundsicherung helfen wir mehrfach: Mit der Neuermittlung der Mindestbedarfe von
 149 Kindern steigt auch der Mindestunterhalt. Und anders als beim heutigen Kindergeld soll nur
 150 die Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Nach einer Trennung soll es bei
 151 der Betreuung nicht zusätzlich knirschen, darum werden Mehrkosten für die Ausübung des
 152 Umgangs, egal nach welchem Modell, angemessen berücksichtigt. Für Eltern im
 153 Grundsicherungsbezug wollen wir einen Umgangsmehrbedarf einführen. Ob wichtiger Abendtermin
 154 im Job, ein Beratungsgespräch oder Arztbesuch – Kinder können und sollten nicht immer dabei
 155 sein. Es gilt, familienunterstützende Dienstleistungen zu fördern, zum Beispiel für
 156 ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Das gilt besonders im
 157 Krankheitsfall, denn Kinder und Haushalt müssen trotzdem versorgt sein.

158 Absicherung für alle Familienformen

159 Ob Patchwork-, Stief- oder Regenbogenfamilie – Familien sind vielfältig und diese Vielfalt
 160 muss ein modernes Familienrecht auch abbilden. Soziale Eltern übernehmen innerhalb der
 161 Familie oft Verantwortung und sind wichtige Wegbegleiter. Rechtlich gesehen sind sie aber
 162 auch nach Jahren Außenstehende für ihr Kind: Im Kindergarten, in der Schule oder bei
 163 Ärzt*innen ist es nicht vorgesehen, dass sie Entscheidungen für ihre Kinder treffen. Mit der
 164 Weiterentwicklung des „kleinen Sorgerechts“ hin zu einer elterlichen Mitverantwortung, die
 165 auf Antrag beim Jugendamt auf bis zu zwei weitere Erwachsene übertragen werden kann, geben
 166 wir allen Beteiligten mehr Sicherheit. Zwei-Mütter-Familien sollen nicht mehr durch das
 167 langwierige Stiefkindadoptionsverfahren müssen, darum streben wir an, das Abstammungsrecht
 168 zu reformieren, sodass die Co-Mutter analog zu Vätern in heterosexuellen Ehen automatisch
 169 als zweites rechtliches Elternteil gilt. Bei Kinderwunsch sollen auch nichteheliche
 170 Lebensgemeinschaften und lesbische Paare die Möglichkeit einer Kostenerstattung für die
 171 künstliche Befruchtung erhalten. Verantwortung wird nicht nur da füreinander übernommen, wo
 172 Kinder sind. Mit dem Pakt für das Zusammenleben werden wir eine neue Rechtsform schaffen,
 173 die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig
 174 von der Ehe rechtlich absichert.

175 Wir sorgen für gute Arbeit und faire Löhne

176 Mindestlohn anheben

177 Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Und die Menschen brauchen gute Arbeitsbedingungen. Aber
178 in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im Niedriglohnsektor mit
179 schlechten Löhnen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Besonders oft sind davon
180 Frauen betroffen. Das wollen wir ändern. Den gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf
181 12 Euro anheben. Für weitere Erhöhungen soll die Mindestlohnkommission den Auftrag bekommen,
182 dass der Mindestlohn wirksam vor Armut schützen und mindestens der Entwicklung der
183 Tariflöhne entsprechen muss. Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag an den gleichen Lohn
184 für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie. Ohne
185 sachlichen Grund dürfen Arbeitsverträge nicht mehr befristet werden. Gegen den vielfachen
186 Missbrauch von Werkverträgen und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung mittels
187 Subunternehmerketten gehen wir ordnungspolitisch vor. Wir wollen den Arbeitsschutz stärken,
188 damit er wirksam vor Stress, Burn-out und Entgrenzung der Arbeit schützt. Mobbing und
189 Diskriminierung am Arbeitsplatz nehmen wir ernst und wollen besser davor schützen.

190 Vollbeschäftigung schaffen

191 Wir wollen allen Menschen ermöglichen, am Arbeitsleben teilzuhaben, denn ein guter
192 Arbeitsplatz ist eine wichtige Quelle für Einkommen, Anerkennung und Selbstverwirklichung.
193 Dazu müssen wir gute und sichere Jobs schaffen. Wir wollen die Beschäftigung weiter erhöhen
194 und damit auch verhindern, dass Corona langfristige Spuren am Arbeitsmarkt hinterlässt. Mit
195 dauerhaft höheren öffentlichen Investitionen, mehr Gründungsgeist und Forschung sowie
196 Innovation wollen wir ein Umfeld für viele neue Jobs schaffen. Der deutsche Arbeitsmarkt war
197 dabei in den letzten Jahren gespalten: Fachkräftemangel und deutliche Lohnsteigerungen für
198 Hochqualifizierte in einigen Branchen, prekäre Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeit und
199 stagnierende Reallöhne in anderen. Dem wollen wir mit einer sozial gerechten Arbeitspolitik
200 entgegenreten. Damit sorgen wir für gute Löhne und trocknen den Niedriglohnsektor
201 mittelfristig aus. Langzeitarbeitslose brauchen eine besonders intensive Betreuung durch die
202 Arbeitsagentur, für Menschen ohne Perspektiven am ersten Arbeitsmarkt schaffen wir einen
203 dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt.

204 Sozialpartnerschaft stärken, Tarifbindung erhöhen

205 Die Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung sind Eckpfeiler der sozialen
206 Marktwirtschaft. Sie haben unser Land stark gemacht. Da, wo sie gelten, sorgen sie meistens
207 für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass Tarifverträge und starke
208 Mitbestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe gelten.
209 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum
210 Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf
211 ein Bundestariftreuegesetz. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für
212 allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten. Betriebsräte,
213 die sich für Mitarbeiter*innen einsetzen, brauchen auch selbst mehr Schutz. Gleiches gilt
214 auch für die Beschäftigten, die erstmals einen Betriebsrat gründen wollen. Die
215 Mitbestimmungsrechte wollen wir ausbauen und modernisieren, wenn es um die
216 Personalentwicklung, die Stärkung von Frauen und die Verbesserung der Klimabilanz im
217 Unternehmen geht. Der Wandel der Arbeitswelt, den Digitalisierung und ökologische

218 Transformation mit sich bringen, muss gemeinsam mit den Beschäftigten im Betrieb gestaltet
219 werden.

220 Selbstbestimmter arbeiten, digitale Chancen nutzen

221 Wir wollen Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und
222 Privatleben anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet für uns auch mehr Mitsprache bei
223 Ort, Lage und Umfang der Arbeit. In der Corona-Krise wurde das Arbeiten von zu Hause zu
224 einer weit verbreiteten Erfahrung, für viele verbunden mit mehr Eigenständigkeit und weniger
225 Stress, wenn etwa das lange Pendeln wegfiel. Für andere aber auch zur echten Belastungsprobe
226 – wenn zu Hause Arbeitszimmer, Arbeitsschutz und auch Kolleg*innen fehlen. Homeoffice kann
227 zudem auch zur Entgrenzung von Arbeit und zum Abbau des bisherigen Arbeitsortes außerhalb
228 der eigenen vier Wände führen. Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen
229 wir daher erhalten und stärken, indem wir ein Recht auf Homeoffice einführen – mit Blick auf
230 betriebliche Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien versehen. Ein
231 Arbeitsplatz im Unternehmen muss aber ebenfalls allen zur Verfügung stehen.

232 Mehr Freiraum bei der Arbeitszeit

233 Ob im Büro, in der Pflege oder auf Montage – für viele Menschen ist der körperliche oder
234 psychische Druck durch Arbeit gewachsen. Gleichzeitig ist Zeit zu haben – für sich selbst
235 oder die Familie – für viele Menschen ein immer größerer Wert. Kürzere Arbeitszeiten, wie
236 beispielsweise die IG Metall sie als Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in der
237 Automobilbranche vorgeschlagen hat, können eine Chance sein, Arbeit gerechter zu verteilen,
238 Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitnehmer*innen zu entlasten. Wir wollen Beschäftigte in der
239 Pflege, in der die Belastung besonders hoch ist, mit besseren Arbeitsbedingungen
240 unterstützen und deshalb die 35-Stunden-Woche einführen. Darüber hinaus wollen wir die
241 Möglichkeiten aller Arbeitnehmer*innen, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu
242 bestimmen – gerade um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern –, verbessern.
243 Dafür wollen wir die starre Vollzeit zu einer Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40 Stunden bei
244 flexiblem Arbeitszeitkorridor umgestalten. Versuche, das Arbeitszeitgesetz zum Nachteil der
245 Arbeitnehmer*innen aufzuweichen, lehnen wir ab. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie wollen
246 wir konsequent umsetzen.

247 Arbeitsversicherung stärkt Chancen

248 Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik auf die Zukunft ausrichten und die
249 Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür ist ein
250 Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation. In einer
251 Welt, in der häufige Berufswechsel für viele Menschen Normalität sind und man nicht mehr
252 automatisch 40 Jahre im gleichen Betrieb arbeitet, brauchen alle Menschen Anlaufstellen und
253 Unterstützung, um ihr Berufsleben selbstbestimmt zu gestalten. Überall dort, wo es eine
254 Arbeitsagentur gibt, sollen Bildungsagenturen zentrale Anlaufstellen werden und Menschen bei
255 der Neuorientierung unterstützen, Weiterbildungsberatung und -förderung sollen damit
256 vereinfacht werden. Den Zugang zur Arbeitsversicherung werden wir deutlich erleichtern und
257 bereits ab vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einen Anspruch auf
258 Arbeitslosengeld einführen. Auch selbstständige Berufstätigkeit muss sozial besser abgesichert
259 werden. Dafür vereinfachen wir den Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung und
260 schaffen eine Zugangsmöglichkeit für alle Selbständigen auch mit Wahlтарifen. Wir wollen
261 Gründungen aus Phasen der Arbeitslosigkeit heraus besser fördern und durch die Krise

262 zurückgeworfene junge Berufsanfänger*innen mit einem Einstiegszuschuss eine Brücke in den
263 Arbeitsmarkt bauen.

264 Besserer Schutz bei online vermittelter Arbeit

265 Vom Handwerkerdienst über Software-Entwicklung bis zur Reinigung – immer mehr
266 Dienstleistungen werden über Online-Plattformen vermittelt (Gig-Working) oder finden sogar
267 ortsunabhängig in der Cloud statt (Crowd-Working). Die Digitalisierung von Tätigkeiten und
268 die digitale Vermittlung von Arbeit bergen viele neue Chancen. Aber Arbeitsrecht und
269 Arbeitsschutz müssen an die Onlinewelt angepasst werden, damit daraus nicht neue Formen von
270 Ausbeutung und Abhängigkeiten entstehen. Wir wollen Scheinselbstständigkeit verhindern, indem
271 wir bei der Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung für
272 mehr Rechts- und Planungssicherheit sorgen. Wenn der/die Auftragnehmer*in einer Plattform
273 angibt, einen Arbeitnehmerstatus zu haben, soll künftig der/die Auftraggeber*in beweisen,
274 dass dem nicht so ist. Unfares Preis-Dumping gilt es durch ein Mindesthonorar für
275 zeitbasierte Dienstleistungen zu unterbinden. Arbeitnehmerähnliche Personen und Solo-
276 Selbstständige, die für Plattformen tätig werden, sollen sich künftig leichter tariflich
277 organisieren können, und branchenspezifisch sollen weitere verbindliche Honoraruntergrenzen
278 vereinbart werden können, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können.
279 Plattformbetreiber tragen eine Verantwortung für ihre Auftragnehmer*innen. Wir wollen mit
280 klaren Mindeststandards beim Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen
281 Geschäftsbedingungen für Fairplay bei der Plattformökonomie sorgen.

282 Faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus europäischen 283 Nachbarstaaten

284 In jedem europäischen Nachbarland arbeiten zu können, das ist eine der großen
285 Errungenschaften unseres vereinten Europas. Was in hochqualifizierten Berufen viel Freiheit
286 gebracht hat, führte in manchen Dienstleistungsbereichen zu ausbeuterischen
287 Arbeitsrealitäten. Missstände in den deutschen Schlachthöfen haben das schlaglichtartig
288 gezeigt. Doch auch anderswo, zum Beispiel auf dem Bau oder in der Pflege, herrschen vielfach
289 ausbeuterische Verhältnisse. Wir wollen, dass alle Beschäftigten – egal, wie lange sie hier
290 arbeiten – genauso gut bezahlt und abgesichert sind wie ihre deutschen Kolleg*innen. Dafür
291 braucht es ein wirksames Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit, ein
292 Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, eine europäische Sozialversicherungsnummer, höhere
293 Mindeststandards für Unterkünfte von entsandten Beschäftigten, eine bessere Regulierung der
294 Vermittlungsagenturen und mehr Kontrolle durch eine gestärkte Europäische Arbeitsbehörde.
295 Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Staaten müssen besser über ihre Rechte informiert werden.

296 Wir schaffen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern

297 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

298 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, von dieser Selbstverständlichkeit sind wir immer
299 noch weit entfernt. Durchschnittlich verdienen Frauen im gesamten Erwerbsleben etwa nur halb
300 so viel wie Männer, was sich auch in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar macht. Wir
301 werden ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen, das auch für kleine Betriebe gilt
302 und die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von Frauen und Männern und
303 über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps zu berichten. Dieses Gesetz muss auch
304 ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten, damit bei strukturellen Benachteiligungen auch

305 Verbände die Klage übernehmen können und die Betroffenen nicht auf sich allein gestellt
306 sind. Lohncheckverfahren können Diskriminierungen aufdecken. Deshalb werden wir
307 Tarifpartner*innen und Unternehmen verpflichten, alle Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu
308 überprüfen. Wir setzen uns dafür ein, dass Berufe, die vor allem von Frauen ausgeübt werden,
309 eine höhere Wertschätzung erfahren als bisher, zum Beispiel in Form besserer
310 Arbeitsbedingungen, besserer Bezahlung oder besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

311 Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken

312 Um das eigene Leben selbst gestalten zu können, ist es vielen Frauen wichtig, wirtschaftlich
313 unabhängig zu sein. Deshalb müssen Steine, die dies behindern, aus dem Weg geräumt werden.
314 Wir wollen für eine eigenständige Absicherung in allen Lebensphasen sorgen – von der
315 Berufswahl bis zur Rente. Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler*innen und
316 Rentner*innen, wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen und
317 Regelungen für haushaltsnahe Dienstleistungen schaffen. Das durch enge Rollenerwartungen
318 eingeschränkte Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen wollen wir durch eine
319 gendersensible Berufsberatung erweitern. Die gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert,
320 wollen wir aufbrechen. Dies gelingt auch durch eine kluge Zeitpolitik, die es auch
321 Partner*innen erleichtert, Verantwortung in der Familie zu übernehmen und Arbeit
322 geschlechtergerecht aufzuteilen. Diskriminierungen am Arbeitsmarkt begegnen wir mit einem
323 Verbandsklagerecht, das die Einzelne stärkt, und durch ein echtes Recht auf die Rückkehr in
324 Vollzeit, das auch für kleinere Betriebe gilt.

325 Gleichberechtigung auch bei der Steuer

326 Das deutsche Steuerrecht steckt noch im letzten Jahrhundert fest. Während sich viele Paare
327 Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigter aufteilen, als es noch vor Jahren der Fall
328 war, gilt bei der Steuer nach wie vor das Modell eines männlichen Ernährers und einer Frau,
329 die höchstens zuverdiert und sich hauptsächlich um Haushalt und Kinder kümmert. Dieses
330 Modell ist ungerecht, weil es Ehen privilegiert, Alleinerziehende und nicht verheiratete
331 Paare außen vor lässt, die Erwerbstätigkeit von Frauen hemmt und Frauen gleichzeitig nicht
332 wirklich absichert. In Krisen bekommen vor allem Frauen die Nachteile zu spüren, zum
333 Beispiel durch weniger Kurzarbeits- oder Arbeitslosengeld. Im Zusammenspiel mit Minijobs und
334 der kostenlosen Mitversicherung wirken sich diese Maßnahmen negativ auf die Erwerbstätigkeit
335 von Frauen aus. Deshalb wollen wir für neu geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung
336 mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Bei der Lohnsteuer soll die/der heute über
337 Gebühr belastete Zweitverdiener*in entlastet werden, indem das Faktorverfahren zur Regel und
338 die Steuerklasse 5 für Zuverdiener*innen abgeschafft wird. So sorgen wir dafür, dass
339 gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht länger benachteiligt werden. Paare, die bereits
340 verheiratet sind, können sich entscheiden, ob sie sich einzeln veranlagern oder weiterhin das
341 Ehegattensplitting nutzen wollen. Zugleich stärken wir mit der Kindergrundsicherung
342 Familien. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen sind, entlasten wir
343 mit einer Steuergutschrift.

344 Wir sichern die sozialen Netze

345 Garantiesicherung statt Hartz IV

346 Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne
347 Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine

348 Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle
349 Existenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels und kann angesichts großer
350 Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und Chancen und Perspektiven für ein
351 selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die grüne Garantiesicherung ist eine Mindestsicherung, die
352 nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird. Sie schafft durch die
353 Abschaffung der bürokratischen Sanktionen Raum und Zeit in den Jobcentern für wirkliche
354 Arbeitsvermittlung und Begleitung. Dafür wollen wir die Regelsätze schrittweise anheben,
355 sodass sie das soziokulturelle Existenzminimum verlässlich sicherstellen. Die Leistungen der
356 Garantiesicherung wollen wir schrittweise individualisieren. Die Anrechnung von Einkommen
357 werden wir attraktiver gestalten, sodass zusätzliche Erwerbstätigkeit auch in Teilzeit zu
358 einem spürbar höheren Einkommen führt. Vermögen werden künftig unbürokratischer und mit
359 Hilfe einer Selbstauskunft geprüft.

360 Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit 361 Behinderungen

362 Menschen mit Behinderungen haben ein Recht darauf, gleichberechtigt wohnen, lernen und
363 arbeiten zu können und die Unterstützung zu wählen, die sie dafür brauchen. Leistungen zur
364 Teilhabe müssen in jeder Phase allgemeiner, beruflicher und hochschulischer Bildung gewährt
365 werden. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen und dafür Arbeitgeber*innen, die
366 Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser unterstützen, den Wechsel von Werkstätten in
367 den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern und Menschen, die das Budget für Arbeit nutzen, in der
368 Arbeitslosenversicherung absichern. Ziel ist, das Bundesteilhabegesetz weiterzuentwickeln
369 und Teilhabe zu garantieren – kein Poolen von Leistungen gegen den Willen der Betroffenen,
370 echtes Wunsch- und Wahlrecht, Leistungen zur Teilhabe unabhängig von Einkommen und Vermögen
371 der Leistungsberechtigten. Anträge auf Teilhabeleistungen sollen einfach sein und
372 Entscheidungen im Sinne der behinderten Menschen schnell erfolgen.

373 Gemeinsame soziale Mindeststandards in der EU

374 Wir treten ein für eine Europäische Union, die soziale Absicherung und Mindeststandards
375 europaweit garantiert. Soziale Rechte müssen den gleichen Stellenwert erhalten wie die
376 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts. Dafür sind gemeinsame europäische Arbeits- und
377 Sozialstandards essenziell. Wir machen uns für eine europäische Grundsicherungsrichtlinie
378 stark, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige
379 ökonomische Situation. Länderspezifische Mindestlöhne sollen überall in Europa dafür sorgen,
380 dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen die Europäischen Betriebsräte
381 stärken und die paritätische Mitbestimmung in den Kontroll- und Leitungsorganen europäischer
382 Unternehmen ausbauen, die mehr als 1.000 Beschäftigte haben. Unser langfristiges Ziel ist,
383 dass die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte als Grundrechte
384 gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar sind.

385 Eine verlässliche Alterssicherung für alle

386 Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent hat für uns hohe Priorität. Bei
387 einem weiteren Absinken wären immer mehr Menschen auf Grundrente angewiesen und die
388 Akzeptanz der gesetzlichen Rente wäre gefährdet. Um das Rentenniveau zu sichern, wollen wir
389 die Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein Rückkehrrecht in Vollzeit erhöhen, ein
390 echtes Einwanderungsgesetz schaffen und die Beschäftigungssituation älterer
391 Arbeitnehmer*innen verbessern. Um die Belastungen der Versicherten und der Arbeitgeber*innen

392 zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden. Prekäre Beschäftigung
393 muss überwunden werden, denn nur gute Löhne führen auch zu einer guten Rente. In einem
394 ersten Schritt zu einer Bürgerversicherung sorgen wir dafür, dass anderweitig nicht
395 abgesicherte Selbständige, denen sonst Altersarmut droht, und Abgeordnete in die gesetzliche
396 Rentenversicherung aufgenommen werden. Um Altersarmut zu verhindern, werden wir die
397 Grundrente reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln. Grundsätzlich
398 halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter machen, selbst
399 darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen.

400 Ein Bürgerfonds für die Rente

401 Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. Die Riester-
402 Rente hat sich aber als ein völliger Fehlschlag herausgestellt. Die Produkte sind teuer und
403 undurchschaubar und haben zum Teil eine geringere Rendite als Omas Sparstrumpf. Profitabel
404 sind sie oft nur für die Versicherungswirtschaft oder dank der öffentlichen Förderung.
405 Deswegen haben bei weitem nicht alle davon Gebrauch gemacht. Wir wollen die Riester-Rente
406 durch einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds ersetzen und in diesen überführen. Durch den
407 Bürgerfonds profitieren die Menschen am Wertezuwachs der Wirtschaft. Der Fonds kann
408 langfristig orientiertes Eigenkapital für die Wirtschaft bereitstellen. In den Bürgerfonds
409 zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. So wird ein Volumen geschaffen, das die
410 Verwaltungskosten gering hält, die Risiken breit streut und auf teure Garantien verzichtet
411 kann. Der Bürgerfonds wird politisch unabhängig verwaltet und investiert nachhaltig. Er
412 investiert langfristig und hilft so, die Kurzfristorientierung der Märkte zu überwinden. Für
413 Kleinsparer*innen gewährleistet er eine attraktive Rendite bei überschaubarem Risiko. Alle
414 Arbeitgeber*innen sollen künftig eine betriebliche Altersvorsorge anbieten und können den
415 Bürgerfonds als Standard dafür nutzen.

416 Wir geben Gesundheit und Pflege einen neuen Wert

417 Vorsorge als Leitprinzip

418 Wir wollen den Zugang zu guter Gesundheitsversorgung sicherstellen – aber gute
419 Gesundheitspolitik setzt schon vorher an. Wer in der Fleischindustrie unter prekären
420 Bedingungen arbeitet, in einer schimmeligen Wohnung oder an der vielbefahrenen Straße wohnt
421 oder mit Hartz IV in Armut lebt, kann seine Gesundheit nur schwer schützen, hat eine höhere
422 Wahrscheinlichkeit zu erkranken und oft einen schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung.
423 Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine Politik, die vorsorgt, die die Ursachen von
424 Krankheiten bekämpft und vorausschauend handelt. Statt nur auf die nächste Krise zu
425 reagieren, sollen in Zukunft durch gemeinsame Gesundheitsziele und eine Ausweitung der
426 Gesundheitsberichterstattung Krankheitsursachen und der Stand der gesundheitlichen
427 Versorgung in den Blick genommen werden. Prävention, Gesundheitsförderung und
428 gesundheitliche Versorgung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen
429 Politikbereichen verfolgen. Um uns gegen klimawandelbedingte Hitzewellen zu wappnen, werden
430 wir einen Sonderfonds zur Umsetzung von Hitzeaktionsplänen etablieren.

431 Für Pandemien gewappnet sein

432 Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Gesundheitssystem für künftige Pandemien besser
433 gewappnet sein muss. Spätestens jetzt ist der Moment, die Krankenhaus- und Notfallversorgung
434 zu reformieren und die Digitalisierung, insbesondere in den Gesundheitsämtern, beherzt

435 voranzutreiben. Um Pandemien zukünftig effektiv und nachvollziehbar zu bekämpfen, sollen
436 Stufen zur Eindämmung von Pandemien im Infektionsschutzgesetz definiert, Pandemieschutzpläne
437 aktualisiert und soll ein unabhängiger und interdisziplinärer Pandemierat eingerichtet
438 werden. Wir investieren in Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei Medikamenten oder der
439 Entwicklung neuer Testverfahren. Auch die Produktion von Medikamenten und Medizinprodukten
440 soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden, die Versorgung, zum Beispiel mit
441 Atemschutzmasken, durch eigene Produktionsstandorte sichergestellt werden. Auf europäischer
442 Ebene braucht es mehr gemeinsame Strategie und Koordinierung, etwa durch die gemeinsame
443 Planung und Nutzung medizinischer Notfallkapazitäten oder durch ein europäisches
444 Frühwarnsystem. Daher setzen wir uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer europäischen
445 Behörde, die künftig staatliche und privatwirtschaftliche Aktivitäten besser koordinieren
446 soll. Das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten wollen wir
447 stärken und uns für eine engere Kooperation mit nationalen Gesundheitsbehörden einsetzen.

448 Gesundheitsämter stärken

449 Nicht erst in der Corona-Pandemie wird sichtbar, dass wir als Gesellschaft größere
450 Anstrengungen unternehmen müssen, um die öffentliche Gesundheit zu stärken und Menschen ein
451 gutes Leben zu ermöglichen. Ob der Besuch bei der mobilen Zahnärzt*in in der Schule oder die
452 Impfaktion im Pflegeheim – für Gesundheitsförderung, die Menschen unkompliziert erreicht,
453 braucht es eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Unser Ziel ist es, im
454 Zusammenspiel zwischen den Gesundheitsämtern, universitären Strukturen der öffentlichen
455 Gesundheitsfürsorge und einem neu zu schaffenden Bundesinstitut für Gesundheit gemeinsam
456 eine starke Säule der öffentlichen Gesundheitsfürsorge aufzubauen. Das Institut soll
457 gemeinsame Gesundheitsziele und Qualitätsvorgaben für die Verbesserung der Versorgung
458 entwickeln und bestehende Strukturen des Bundes zur Förderung der Gesundheit bündeln. Bisher
459 sind die Gesundheitsämter chronisch unterfinanziert und unterbesetzt, die personelle und
460 technische Ausstattung muss dauerhaft verbessert werden. Wir wollen deshalb, dass Bund und
461 Länder gemeinsam dafür sorgen, dass künftig 1 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben in
462 den Öffentlichen Gesundheitsdienst fließt. Amtsärzt*innen müssen besser bezahlt werden. Auch
463 pflegerische Fachkompetenz soll stärker eingebunden werden – als sogenannte Community Health
464 Nurses oder in der Schulgesundheitspflege.

465 Gute gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land

466 Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass Menschen im ganzen Land gut und verlässlich
467 versorgt werden. Wenn mancherorts der Weg zur Hebamme kaum zu bewältigen ist, die
468 Kinderstationen Patient*innen abweisen müssen oder Hausarztpraxen auf dem Land wegen
469 fehlendem/-r Nachfolger*in schließen müssen, gefährdet das die gesundheitliche Versorgung.
470 Um die Versorgung in Stadt und Land zu stärken, wollen wir, dass ambulante und stationäre
471 Angebote in Zukunft übergreifend geplant werden und Gesundheitsregionen mit enger Anbindung
472 an die Kommunen gefördert werden. Perspektivisch soll es eine gemeinsame
473 Abrechnungssystematik für ambulante und stationäre Leistungen geben. Gleichzeitig wollen wir
474 die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitsberufen stärken. Denn die
475 Versorgung muss von den Patient*innen aus gedacht werden. Dafür wollen wir insbesondere die
476 Einrichtung von kommunalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle Gesundheitsberufe
477 auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Die Aufgabenverteilung im Gesundheitswesen werden wir so
478 reformieren, dass Gesundheits- und Pflegeberufe mehr Tätigkeiten eigenverantwortlich
479 übernehmen können. Die Arbeitsbedingungen in und die Vergütung von Therapieberufen müssen
480 dringend ihrer wichtigen Rolle im Gesundheitswesen angepasst, das Schulgeld für diese
481 Ausbildungen muss abgeschafft werden.

482 Krankenhäuser nach gesellschaftlichem Auftrag finanzieren

483 In Krankenhäusern sollen alle die Versorgung erhalten, die sie benötigen. Doch falsche
484 politische Weichenstellungen und der daraus folgende ökonomische Druck haben zu Fehlanreizen
485 zu Lasten des Patient*innenwohls und zu Kosteneinsparungen zu Lasten des Personals geführt.
486 Kliniken sollen deshalb in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern auch nach ihrem
487 gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es ein neues
488 Finanzierungssystem. Wir werden eine Säule der Strukturfinanzierung einführen und den
489 verbleibenden fallzahlabhängigen Vergütungsteil reformieren. Vielfach herrscht Stillstand
490 bei den Investitionen in die Krankenhäuser. Das wollen wir ändern, indem Bund und Länder die
491 Investitionskosten in Zukunft gemeinsam tragen. Der Bund soll dafür die Möglichkeit haben,
492 gemeinsame bundesweite Grundsätze in der Krankenhausplanung zu definieren. Welche Angebote
493 es vor Ort gibt, darf nicht davon abhängen, was sich rentiert, sondern soll sich danach
494 richten, was nötig ist. Die beste Qualität kann zumeist durch Spezialisierung sichergestellt
495 werden. Krankenhäuser, die durch fehlende Auslastung die nötige Qualität in einigen
496 Bereichen nicht gewährleisten können, sollen nicht einfach aufgegeben, sondern zu
497 leistungsfähigen lokalen Notfall-, Gesundheits- und Pflegezentren weiterentwickelt werden.

498 Notfallversorgung reformieren

499 Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall – und dann wird es
500 häufig ernst. Damit die Notfallversorgung in Deutschland besser funktioniert, muss sich
501 einiges ändern. Das fängt beim Rettungsdienst an, der Menschen in Not heute umfassend
502 medizinisch behandeln kann und deshalb wie die übrige Gesundheitsversorgung im Gesetz
503 geregelt werden muss. Die Notrufleitstellen der Nummern 112 und 116117 müssen
504 organisatorisch zusammengeführt werden, damit es im Zweifelsfall keine Rolle spielt, wo
505 Menschen anrufen, sondern sie immer die passende Hilfe bekommen. Auch wollen wir, dass
506 Notaufnahmen gerade nachts und am Wochenende beispielsweise durch kompetente Hausärztinnen
507 und Hausärzte so unterstützt werden, dass auch weniger ernste Fälle gut versorgt werden
508 können. Durch einheitliche Stufen und Vorgaben zur Notfallversorgung wollen wir
509 sicherstellen, dass Menschen in Not, in der Stadt und auf dem Land, stets die erwartbare
510 Hilfe auch verlässlich vorfinden.

511 Psychotherapieplätze schaffen

512 Starke Prävention und angemessene Versorgung – für beides wollen wir die Weichen stellen,
513 denn psychische Gesundheit ist Fundament für Lebensqualität und soziale Teilhabe. Es ist
514 nicht zumutbar, dass viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf therapeutische
515 Hilfe warten müssen. Wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht
516 zugängliche Hilfen, damit das Leid sich nicht verschlimmert. Wir wollen deshalb ambulante
517 Psychotherapieplätze durch mehr Kassenzulassungen von Psychotherapeut*innen schaffen. Es
518 braucht eine gemeindenähe und personenzentrierte Versorgung und eine verbesserte
519 sektorübergreifende Zusammenarbeit. Dabei müssen auch die Besonderheiten der Versorgung von
520 Kindern und Jugendlichen sowie von Frauen, die von Gewalt betroffen sind, berücksichtigt
521 werden. Hilfsangebote zwischen ambulanter und stationärer Behandlung müssen flexibler werden
522 und die verschiedenen Berufsgruppen im Team eine miteinander abgestimmte Behandlung
523 übernehmen können. Bei der unzureichenden Reform der Psychotherapie-Ausbildung muss
524 nachgebessert werden, sodass angehende Psychotherapeut*innen endlich unter guten Bedingungen
525 ausgebildet werden.

526 Geburtshilfe verbessern, Gesundheit von Frauen stärken

527 Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sind Verbesserungen bei der Geburtshilfe und
528 eine Unterstützung freiberuflicher Hebammen durch eine Reform der Haftpflicht für
529 Gesundheitsberufe nötig. Wir wollen das Gesundheitssystem geschlechtergerecht machen.
530 Geschlechtsspezifische Aspekte in Forschung und Ausbildung und in der medizinischen Praxis
531 werden nicht ausreichend berücksichtigt, etwa bei der Medikamentenforschung. Das gefährdet
532 die Gesundheit von Frauen wie auch von Trans*- und Inter*-Menschen. Die Forschung zu
533 geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege sowie Frauengesundheit muss gestärkt und in der
534 medizinischen und pflegerischen Praxis umgesetzt werden. Mit Hilfe einer Frauenquote für
535 Führungspositionen im Gesundheitswesen und besseren Arbeitsbedingungen holen wir mehr Frauen
536 in die Führungsgremien unseres Gesundheitswesens.

537 Zugang zum Gesundheitssystem sichern, Diskriminierung beenden

538 Auch im Gesundheitswesen wollen wir Diskriminierung bekämpfen. Beispielsweise erhalten
539 Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle dringend benötigten Gesundheitsleistungen,
540 Hilfsmittel oder häusliche Pflege und werden so in ihrer Teilhabe beschränkt. Deshalb wollen
541 wir mit einem ressortübergreifenden Inklusionsplan diese Hürden umfassend abbauen, die
542 Gesundheitsleistungen auf die jeweiligen Bedarfe gezielt ausrichten und bürokratische
543 Vorgänge so weit wie möglich reduzieren. Das umfasst auch verpflichtende Vorgaben zur
544 Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und eine Reform der Heilmittelversorgung. Auch für
545 LSBTIQ* muss diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung gesichert sein. Dafür werden wir
546 den Anspruch auf medizinische Maßnahmen für trans- und intergeschlechtliche Menschen
547 gesetzlich verankern. Die bestehenden Lücken beim Verbot sogenannter „Konversionstherapien“
548 werden wir schließen. Die Blutspende gestalten wir diskriminierungsfrei. Menschen, die ohne
549 Papiere in Deutschland leben, müssen ebenfalls Zugang zu guter gesundheitlicher Versorgung
550 haben, etwa durch einen anonymen Krankenschein, die Abschaffung der Mitteilungs- und
551 Unterrichtungspflichten an öffentlichen Stellen oder die Stärkung von Beratungsnetzwerken
552 für Menschen ohne Papiere.

553 Auf dem Weg zur Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege

554 Gesetzlich Versicherte warten länger auf Termine bei Fachärzt*innen, und viele privat
555 Versicherte können sich die hohen Prämien nicht mehr leisten. Von dieser Zwei-Klassen-
556 Medizin profitieren wenige, zum Nachteil vieler. Unser Ziel ist eine solidarisch finanzierte
557 Bürgerversicherung, in der jede*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt, die er
558 oder sie braucht. Die Bürgerversicherung bezieht alle in die Finanzierung eines
559 leistungsstarken Versicherungssystems ein. Auch Beamte, Selbständige, Unternehmer*innen und
560 Abgeordnete beteiligen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen. Neben Löhnen und Gehältern
561 sollen Beiträge auf Kapitaleinkommen erhoben werden. Als ersten Schritt verbessern wir die
562 Versorgung gesetzlich Versicherter – zum Beispiel bei der Erstattung von Brillen. Außerdem
563 wollen wir die Benachteiligung gesetzlich versicherter Beamt*innen durch einen
564 beihilfefähigen Tarif beenden und privat Versicherte, die sich nur den Basistarif leisten
565 können, besser absichern.

566 Digitalisierung verbessert Gesundheitsversorgung

567 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung – ob Robotik zur Unterstützung in der Pflege,
568 Telemedizin oder die elektronische Patientenakte – nutzen, um das Gesundheitssystem
569 zukunftsfähig zu machen. Per App sollen Patient*innen sicher auf den digitalen Impfpass,

570 Gesundheitsinformationen wie die eigene Blutgruppe, die Krankheitsgeschichte oder die
571 neuesten Blutwerte zugreifen können. Damit sie den Patient*innen wirklich nützt, muss die
572 digitale Patientenakte weiterentwickelt werden. Dabei sind unter anderem
573 Patient*innenorganisationen stärker einzubinden. Gesundheitsdaten sollen anonymisiert der
574 Forschung zur Verfügung gestellt werden, um die Gesundheitsversorgung in Deutschland zu
575 verbessern. Eine Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der
576 Patient*innen. Ihre eigenen Gesundheitsdaten müssen für Patient*innen möglichst barrierefrei
577 und sicher zugänglich sein. Die ärztliche Schweigepflicht und das Patient*innengeheimnis
578 müssen auch für digitalisierte Gesundheitsdaten jederzeit gewahrt bleiben. Um
579 administrativen Aufwand für medizinisches und pflegerisches Personal zu verringern und
580 Innovationen anzureizen, sollen Hersteller von Medizinprodukten und Software offene
581 Schnittstellen anbieten.

582 Ambulante Pflege stärken

583 Wer pflegebedürftig wird, hat die bestmögliche Pflege und Unterstützung für ein
584 selbstbestimmtes und würdevolles Leben verdient. Gerade in einer alternden Gesellschaft
585 braucht es dafür überall vielfältige, auf den Bedarf vor Ort angepasste pflegerische
586 Angebote. Statt weiterer Großeinrichtungen sind mehr ambulante Wohn- und Pflegeformen nötig
587 – eingebettet in ein Umfeld, das ältere Menschen dabei unterstützt, aktiv am
588 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. So wird die Pflege auch für Angehörige einfacher.
589 Dafür wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für Quartierspflege schaffen und den
590 Kommunen ermöglichen, eine verbindliche Pflegebedarfsplanung vorzunehmen, um das Angebot an
591 Pflege vor Ort zu gestalten. Ein Bundesprogramm soll eine Anschubfinanzierung für Kommunen
592 bereitstellen, die sich hier auf den Weg machen. Jemanden zu pflegen verdient unsere
593 Anerkennung und die Unterstützung der Gesellschaft. Deshalb wollen wir Menschen, die
594 Verantwortung für Angehörige, Nachbar*innen oder Freund*innen übernehmen, mit der Pflegezeit
595 Plus besonders unterstützen. Wir ermöglichen damit allen Erwerbstätigen eine bis zu
596 dreimonatige Freistellung sowie eine Lohnersatzleistung, die befristet auch anschließende
597 Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.

598 Eine doppelte Pflegegarantie

599 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen immer mehr eigenes Geld für ihre Versorgung
600 aufbringen. Wir wollen, dass Pflegebedürftige die für sie notwendigen Pflegeleistungen
601 erhalten, ohne von Armut bedroht zu sein. Mit einer doppelten Pflegegarantie wollen wir die
602 Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. So garantieren wir, dass die selbst
603 aufzubringenden Kosten verlässlich planbar werden. Die Pflegeversicherung soll alle über
604 diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine bedarfsgerechte Pflege tragen. Mit einer
605 solidarischen Pflege-Bürgerversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit
606 einkommensabhängigen Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.

607 Pflege aus dem Notstand führen, Arbeitsbedingungen im 608 Gesundheitswesen verbessern

609 Pflegekräfte leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Menschen, die im
610 Alter oder bei Krankheit Unterstützung brauchen, wünschen sich zu Recht Pflegekräfte, die
611 sich mit Sorgfalt um sie kümmern können. Dafür brauchen Pflegekräfte Zeit für die
612 Patient*innen und gute Arbeitsbedingungen. Das geht nur mit mehr Kolleg*innen. Wir wollen
613 durch verbindliche Personalbemessung – auch in der Langzeitpflege –, die bessere

614 Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften und
615 die Einführung der 35-Stunden-Woche in der Pflege Arbeitsbedingungen schaffen, unter denen
616 viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der Pflege arbeiten. Die Ausnahmen
617 im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir beschränken, um Überlastung zu
618 verhindern und den Personalverlust in Krankenhäusern einzudämmen. Doch Wertschätzung braucht
619 auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen die gesetzliche
620 Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten, die nach Tarif
621 bezahlen. Die Selbstorganisation und die Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege
622 wollen wir durch den Aufbau einer Bundespflegekammer unterstützen.

623 Ein Cannabiskontrollgesetz

624 Wir stellen Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik. Doch auf dem
625 Schwarzmarkt gilt kein Jugendschutz, stattdessen schafft er zusätzliche gesundheitliche
626 Gefahren. Das Verbot von Cannabis richtet mehr Schaden an, als dass es nützt. Wir setzen auf
627 wirksame Prävention, auf Entkriminalisierung und Selbstbestimmung. Deshalb werden wir mit
628 einem Cannabiskontrollgesetz das bestehende Cannabisverbot aufheben und einen kontrollierten
629 und legalen Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen. Darüber hinaus
630 wollen wir niedrigschwelliges Drugchecking für psychoaktive Substanzen und andere Maßnahmen
631 zur Schadensminimierung wie die Ausgabe sauberer Spritzen bundesweit ermöglichen, damit
632 Konsument*innen nicht durch gefährliche Inhaltsstoffe oder schmutzige Spritzen zusätzlich
633 gefährdet werden. Das heutige Betäubungsmittelrecht evaluieren wir auf seine Wirkungen hin.

634 Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum

635 Ein Recht auf Wohnen ins Grundgesetz

636 Alle Menschen brauchen angemessenen Wohnraum. Wohnen ist ein Recht. Aber es wird immer
637 schwieriger, überhaupt Wohnungen zu finden. Und die Mieten und Immobilienpreise steigen
638 vielerorts immer noch weiter. Großstädte teilen sich immer stärker in Einkommensstadteile
639 auf, Innenstädten geht das Leben verloren. Deshalb gilt es zu handeln, damit gerade auch
640 Familien und Alleinerziehende, Studierende, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen oder
641 Geringverdiener*innen nicht in Bedrängnis geraten, sondern weiter gut und sicher wohnen
642 können. Wir wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen. Knapp 700.000 Menschen
643 sind derzeit wohnungslos in Deutschland, mehr und mehr Familien. Um diesen Zustand zu
644 beenden, wollen wir ein Nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von
645 Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen.

646 Krisenbedingte Wohnungsverluste verhindern

647 Wir wollen Mieter*innen entlasten und vor einem krisenbedingten Verlust der eigenen Wohnung
648 bewahren. Die Möglichkeit, die Miete nachzuzahlen, soll Zwangsräumungen verhindern. Bei
649 krisenbedingten Einkommensausfällen soll ein Programm der KfW Bank („Sicher-Wohnen-Fonds“)
650 eine finanzielle Unterstützung von Mieter*innen sicherstellen. Vermieter*innen, die auf
651 diese Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann eine staatliche Unterstützung erhalten.

652 Neue Gemeinnützigkeit für sozialen Wohnraum

653 Wir wollen neuen Wohnraum schaffen – und zwar vor allem familiengerecht, öffentlich und
654 gemeinwohlorientiert. Stattdessen gehen immer noch viele weitere Sozialwohnungen verloren –

655 rund 100 jeden Tag. Unser Vorbild ist die Stadt Wien, die mit ihrem großen Anteil an
656 gemeinnützigem und für breite Schichten bezahlbarem Wohnraum eine ausgewogene Mischung
657 sicherstellt. Wir werden deshalb die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen
658 und verstetigen, statt sie zu kürzen. Wir werden die Kommunen unterstützen, ihre bestehenden
659 Wohnungsgesellschaften zu stärken und neue zu gründen. Dazu wollen wir mit einem
660 Bundesprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ für eine Million zusätzliche, günstige
661 Mietwohnungen in den Ballungsräumen sorgen, sicher und auf Dauer. Die noch vorhandenen
662 bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private Investor*innen veräußert, sondern
663 ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer dauerhaften Sozialbindung abgegeben werden.
664 So wollen wir in den nächsten zehn Jahren den Bestand an Sozialwohnungen um eine Million
665 erhöhen.

666 Starke Mieter*innen, faire Mieten

667 Viele Menschen geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre Wohnung aus,
668 viele können sich ihre Mieten nicht mehr leisten. Unser Ziel sind deshalb faire und
669 bezahlbare Mieten und starke Rechte für Mieter*innen. Konkret wollen wir Mietobergrenzen im
670 Bestand mit einem Bundesgesetz ermöglichen und die Mietpreisbremse entfristen und
671 nachschärfen. Reguläre Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des
672 Mietspiegels begrenzt werden. Dazu wollen wir qualifizierte Mietspiegel stärken, verbreiten
673 und rechtssicher ausgestalten. Zur Berechnung sollen die Mietverträge der letzten 20 Jahre
674 herangezogen werden. Wir streben an, die Modernisierungsumlage weiter abzusenken und auf
675 maximal 1,50 Euro pro Quadratmeter zu begrenzen, damit energetische Sanierungen
676 perspektivisch warmmietenneutral möglich sind. Außerdem wollen wir es Mieter*innen
677 erleichtern, ihre Wohnungen samt den bestehenden Verträgen zu tauschen. Das
678 Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch und den Milieuschutz auszuweiten sind weitere
679 Instrumente. Dazu stärken wir das kommunale Vorkaufsrecht, und Mietwucher muss – nach § 5
680 Wirtschaftsstrafgesetz – auch tatsächlich geahndet werden.

681 Spekulation mit Bauland und Geldwäsche am Wohnungsmarkt beenden

682 Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt kein Ort für Spekulant*innen. Zu
683 häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden. Ein entscheidender
684 Hebel ist Transparenz. Deshalb planen wir, ein Immobilienregister der Eigentümer*innen
685 einzuführen, die Grundbücher bei begründetem Interesse kostenfrei zugänglich zu machen und
686 Bargeld beim Immobilienverkauf zu verbieten. Außerdem wollen wir den Missbrauch von
687 sogenannten „Share Deals“ zur Steuerumgehung beenden und setzen auf eine anteilige
688 Besteuerung des Immobilienbesitzes bei Unternehmensverkäufen. Die Spekulation mit Bauland
689 soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große Wohnungsnot herrscht, kann sich daraus eine
690 Pflicht für Eigentümer*innen ergeben, Grundstücke zu bebauen, statt auf höhere Preise zu
691 spekulieren. Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand von Wohnraum werden wir
692 vorgehen.

693 Grund und Boden gemeinwohlorientiert

694 Boden unterscheidet sich von anderen Gütern, weil er prinzipiell nicht vermehrbar ist. Bei
695 Fehlentwicklungen ergibt sich hieraus eine besondere Verpflichtung, staatlich einzugreifen.
696 Knappheit von und Spekulation mit Boden führt zu steigenden Preisen und Mieten. Wir wollen
697 erreichen, dass die öffentliche Hand wieder eine strategische Bodenpolitik betreibt. Der
698 Bund soll seine eigenen Immobilien nicht länger meistbietend verkaufen, sondern gezielt die
699 Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum fördern. Dafür wollen wir die

700 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds umwandeln. Der Fonds
701 kauft neue Flächen strategisch zu und überträgt sie an gemeinwohlorientierte Träger. Die
702 Flächen sollen bevorzugt in Erbpacht vergeben werden, um Sozialwohnungen dauerhaft sichern
703 zu können. Werden sie veräußert, sollen Kommunen und kommunale Wohnungsgesellschaften ein
704 Erstzugriffsrecht erhalten. Die Einnahmen des Fonds fließen nicht in den Haushalt, sondern
705 werden für den Zukauf weiterer Flächen verwendet.

706 Erwerb von Wohneigentum erleichtern

707 Wohneigentum ist für viele Menschen ein Lebenstraum, der wegen explodierender
708 Immobilienpreise in den meisten Regionen des Landes immer schwerer zu erfüllen ist. Wir
709 wollen den Erwerb von Wohneigentum erleichtern. Deshalb soll das Prinzip „wer den Makler
710 bestellt, bezahlt“ genauso für Immobilienkäufe eingeführt werden, so wie es für
711 Maklerprovisionen bei Vermietungen bereits gilt. Wir streben an, die Courtage auf 2 Prozent
712 zu begrenzen, damit sie nicht auf verstecktem Weg zu noch höheren Kaufpreisen führt. Dazu
713 wollen wir die Kaufnebenkosten weiter senken, indem wir es den Ländern ermöglichen, den
714 Steuersatz der Grunderwerbssteuer beispielsweise für große Wohnungsunternehmen zu erhöhen
715 und für private Käufer*innen zu senken. Wir wollen Mietkauf für selbstgenutztes Wohneigentum
716 über die Länder und Kommunen fördern, auch den Kauf und die Modernisierung leerstehender
717 Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum unterstützen wir. Beteiligungen an
718 Genossenschaften und den gemeinschaftlichen Erwerb durch Mieter*innen wollen wir
719 unterstützen, zum Beispiel indem wir günstige Kredite oder Bürgschaften gewähren.

720 Ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen vorantreiben

721 Wir können die Klimaziele nur mit einer Bauwende hin zu ressourcenschonendem und
722 nachhaltigem Bauen erreichen. Bei Städtebau und Gebäudeplanung sind Stoff- und
723 Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb sowie das spätere Recycling durchgängig für
724 alle Gebäude zu berücksichtigen. Konkret setzen wir auf ein Gebäude-Ressourcen-Gesetz und
725 eine Holzbaustrategie, damit wir mit mehr nachwachsenden Rohstoffen bauen können. Wir
726 fördern außerdem die Digitalisierung der Planung am Bau. Um den Flächenverbrauch zu
727 reduzieren, setzen wir auf behutsame Nachverdichtung und unterstützen die Kommunen dabei mit
728 Förderprogrammen.

729 Wir investieren in lebenswerte Dörfer und Städte

730 Regionale Daseinsvorsorge stärken

731 Gleichwertige Lebensverhältnisse sind eine Voraussetzung für gutes, selbstbestimmtes Leben
732 überall im Land. Einschränkungen gibt es vielerorts, häufig unterscheiden sie sich von
733 Region zu Region: Hier fehlt ein Zentrum im Dorf, dort schließen in der Kleinstadt die
734 Schwimmbäder, und auf dem Land ist das Internet zu langsam. Unser Ziel ist es, dass
735 individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement überall im
736 Land möglich sind, auch in strukturschwachen Regionen. Hier brauchen wir gute Infrastruktur
737 und den Zugang zu öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit Bund
738 und Ländern eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz
739 einführen. Regionen, die heute mit großen Versorgungsproblemen zu kämpfen haben, sollen
740 wieder investieren und gestalten können. Ziel ist, anhand von regionalen Indikatoren in
741 allen Bundesländern Förderregionen auszuwählen und die Zusammenarbeit der Kommunen in diesen
742 Regionen zu unterstützen. Mit Regionalbudgets geben wir Bürger*innen und Akteur*innen vor

743 Ort die Möglichkeit, ihre Entwicklungsstrategien und Ziele selbst zu bestimmen. Für zentrale
744 Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband wollen wir nötige
745 Mindeststandards formulieren. Eine inklusive und solidarische Gesellschaft braucht Orte des
746 Miteinanders, Orte gegen die Einsamkeit, Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das kann
747 ein Marktplatz sein oder ein Familienzentrum, die Stadtteilbibliothek, der Skatepark, der
748 Kulturbahnhof. Wir wollen eine Bundesstrategie „Orte des Zusammenhalts“ auf den Weg bringen.
749 Mit der gezielten Ansiedelung von neuen Forschungsinstituten und Bundeseinrichtungen, vor
750 allem in Ostdeutschland, können wir strukturschwachen Regionen wichtige Impulse geben.
751 Außerdem unterstützen wir die Idee der Errichtung eines „Zukunftsentrums für Deutsche
752 Einheit und Europäische Transformation“.

753 Solide Finanzausstattung für Kommunen

754 Für eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine belastbare öffentliche Daseinsvorsorge
755 braucht es eine solide Finanzausstattung. Viele Kommunen schaffen es jedoch nicht einmal
756 mehr, den ihnen übertragenen Pflichtaufgaben wie etwa der Reparatur von Gemeindestraßen oder
757 der Schulsanierung nachzukommen. Sie waren bereits vor der Corona-Krise finanzschwach oder
758 verschuldet und ihr Handlungsspielraum verkleinert sich zunehmend. Das spüren die Menschen
759 vor Ort unmittelbar. Wenn keine Finanzmittel für freiwillige Leistungen wie Sport- oder
760 Kultureinrichtungen und deren Erhaltung übrig ist, hat das Auswirkungen auf das
761 gemeinschaftliche Leben in den Kommunen und auf das Vertrauen in den Staat. Wir wollen die
762 Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen. Dazu gehört eine faire Unterstützung
763 bei den kommunalen Altschulden und bei gemeindlichen Corona-bedingten Steuerausfällen. Wir
764 wollen mehr kommunale Investitionen ermöglichen, beispielsweise in Klimaschutz, die
765 Verkehrswende und Kultureinrichtungen. Dafür soll der Zugang zu Fördermitteln einfacher und
766 unbürokratischer werden und sollen die Hürden für die Teilnahme besonders für finanzschwache
767 Kommunen gesenkt werden. Wir wollen, dass Bund und Länder den Kommunen mit einer
gemeinsamen
768 Kompetenzagentur für Förderpolitik und Investitionen mit Rat und Tat zur Seite stehen und
769 die Umsetzung von Projekten ermöglichen.

770 Innenstädte retten

771 Innenstädte und Ortskerne, die man gerne besucht, in denen man verweilt und andere Menschen
772 trifft, tragen enorm zu unserer Lebensqualität bei. Sie bieten kulturellen Austausch und
773 geben dem Leben in Stadt und Land eine Bühne. Wir wollen Stadtzentren und Ortskerne
774 lebenswerter und attraktiver machen. Eine kluge Stadtentwicklungspolitik, nachhaltige
775 Verkehrskonzepte und ein Städtebaunotfallfonds sind die besten Voraussetzungen, dass auch
776 der Einzelhandel dort eine Zukunft hat. Dafür wollen wir die Städtebauförderung neu
777 ausrichten: für schönere Städte, mehr Stadtgrün und Wasserflächen, damit man auch in Zeiten
778 immer heißerer Sommer gut in der Stadt leben kann. Mit zusätzlichen Mitteln für Smart-City-
779 Projekte unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler Plattformen, mit denen der
780 örtliche Einzelhandel attraktivere Angebote machen kann. Dazu arbeiten wir gegen Verdrängung
781 und Leerstand an. Eine Million neue gemeinnützige Wohnungen sollen in den nächsten Jahren in
782 unseren Städten entstehen. Kleineren Gewerben, sozialen und Kulturprojekten, Clubs und
783 Handwerker*innen wollen wir mit einem Gewerbemietrecht und über das Baurecht eine zentrale
784 Lage in den Städten ermöglichen. Bundeseigene Immobilien sollen zukünftig nur noch an
785 gemeinnützige, öffentliche oder am Gemeinwohl orientierte Träger abgegeben werden.

786 Ländlich leben, digital arbeiten

787 Das Leben auf dem Land und im Dorf hat viel zu bieten. Gründer*innen, Familien oder
788 Freischaffende – alle brauchen schnelles Internet für ihr Leben. Eine ausreichend schnelle
789 Breitband- und Mobilfunkversorgung gehört zur Daseinsvorsorge, deshalb werden wir einen
790 Rechtsanspruch darauf einführen. Wir schaffen Ankommens- und Bleibeperspektiven für Jung und
791 Alt. Über die Gemeinschaftsaufgabe für Agrar- und Küstenschutz fördern wir Wohnprojekte für
792 alle Generationen, Co-Working, die Aktivierung von Leerstand sowie gemeinschaftliche und
793 genossenschaftliche Wohnformen. Bahnhofsgebäude wollen wir als gemeinwohlorientierte Räume
794 zu einladenden Mobilitätsknotenpunkten weiterentwickeln und attraktiver machen. Damit
795 verknüpfen wir die Bahn mit den Ortschaften. Wir unterstützen die Landesprogramme zu
796 Markttreffs: wenn zum Beispiel Supermärkte ihre Flächen so umbauen, dass sie Café, Bank- und
797 Postfiliale integrieren. Kommunen sollen Zuschüsse bekommen, wenn sie öffentliche
798 Einrichtungen, Sporthalle, Bibliothek, Spielplatz, Working-Space oder Kino unter dem Dach
799 eines Kulturzentrums zusammenfassen.

800 Schnelles Internet überall

801 Mit weniger als zwei Millionen aktiven Glasfaser-Anschlüssen steht Deutschland im OECD-
802 Vergleich sehr schlecht da. Egal ob Stadt oder Land, ob mobiles Arbeiten oder Heimunterricht
803 – schnelles Internet ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und gleichwertige
804 Lebensverhältnisse. Mit einem Breitband-Universaldienst wollen wir einen Rechtsanspruch auf
805 schnelles Internet für alle schaffen, der sich nicht am Minimalstandard, sondern an den
806 Nutzungsgewohnheiten der Mehrheit orientiert. Wir sorgen dafür, dass Blockaden bei der
807 Abrufung der Fördergelder für den Netzausbau abgebaut werden und dann auch zügig gebaut
808 wird. Und wir machen Schluss mit der Bandbreiten-Schummelei: Wenn
809 Telekommunikationsunternehmen nicht die versprochenen Download-Geschwindigkeiten liefern,
810 soll es unkomplizierten pauschalierten Schadenersatz und hohe Bußgelder geben. Beim
811 Mobilfunkausbau gilt es eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, egal in welchem
812 Netz man surft. Wo die Anbieter keine Kooperationsvereinbarungen schließen, um Funklöcher zu
813 schließen, muss notfalls lokales Roaming angeordnet werden, natürlich mit entsprechender
814 Vergütung. Bei zukünftigen Frequenzversteigerungen sollen die Versorgungsaufgaben für die
815 Fläche so angepasst werden, dass sie mit dem steigenden Bedarf Schritt halten – insbesondere
816 entlang von Bahnstrecken und Straßen.

817 Selbstbestimmt im Alter, in Stadt und Land

818 Wir wollen Selbstbestimmung auch im Alter ermöglichen. Wir wollen den Abbau von Barrieren in
819 Wohnungen und im Wohnumfeld stärker finanziell fördern und somit älteren Menschen
820 ermöglichen, länger als bisher in ihrem vertrauten Quartier selbstbestimmt wohnen zu
821 bleiben. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht Selbstbestimmung. Das wollen wir mit einem
822 Programm fördern, bei dem Ansprechstellen und Gemeindezentren über altersgerechtes Wohnen,
823 Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung sowie Möglichkeiten, sich im Dorf oder
824 im Stadtteil zu engagieren, informieren. Zur Selbstbestimmung gehört auch, den eigenen
825 Bedürfnissen entsprechend mobil zu sein, unabhängig vom eigenen Pkw. Dafür muss das
826 Nahverkehrsangebot in den Städten ausgebaut und auf dem Land erhalten bzw. intelligent
827 vernetzt werden. Es braucht flächendeckend barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen
828 Verkehrsmitteln, und die Wege zu ÖPNV und Nahversorgung sollen mit genügend Möglichkeiten
829 zum Ausruhen und „Kräftesammeln“ ausgestattet werden.